

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Unumschränkte Papen-Diktatur in Preußen

Braun bei Hindenburg abgewiesen – Völlige Umgestaltung der preußischen Regierung – Wohlfahrtsministerium aufgelöst

Die Reichsregierung Papen-Gayl-Schleicher hat sich weder durch das Urteil des Staatsgerichtshofes noch durch die ohnmächtigen und hilflosen Erklärungen und „Mahnungen“ der alten „rechtmäßigen“ Preußenregierung abhalten lassen, auf ihrem Wege der unumschränkten Diktatur einen entscheidenden Schritt weiter zu machen.

Zur selben Stunde, in der der davongejagte preußische Ministerpräsident Braun im Beisein des Herrn von Papen mit dem Reichspräsidenten über eine „loyale Zusammenarbeit“ des Braun-Severing-Kabinetts mit der Bracht-Regierung verhandelte, wurde die neue Verordnung zur völligen Umgestaltung der ganzen Preußenregierung und der gesamten preußischen Staatsverwaltung durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Die neue Verordnung, die sich – boshaft wie die Papen-Regierung nun einmal gegen die früheren Machthaber der Koalitionsregierung ist – auf eine vom damaligen Reichskanzler Brüning mit Unterstützung der preußischen Braun-Severing-Regierung veranlasste Notverordnung vom 24. August 1931 stützt, sieht im wesentlichen folgendes vor:

Berlin, 29. Oktober.

WTB. Die Verordnung über die Reform der preußischen Zentralbehörden stellt sich als Ziel: 1. Bereinigung der Zuständigkeiten durch Zusammenfassung zusammengehöriger Dinge in einem Ressort, 2. Vereinfachung des Geschäftsganges durch Abgabe von Zuständigkeiten nachgeordneter Behörden, 3. den Abbau der jetzt noch vielfach in Preußen und im Reich gleichzeitig geleisteten Doppelarbeit.

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die Vereinheitlichung des Schulwesens, die Vereinheitlichung des Kreditwesens, die Auflösung des Ministeriums für Volkswohlfahrt, Beseitigung der Doppelarbeit in Reich und Preußen im Handels- und im Landwirtschaftsministerium.

Diese Verordnung widerspricht zweifellos allen einschlägigen Verfassungsbestimmungen, vor allem der Verfassung Preußens. Sie widerspricht auch dem Urteil des Staatsgerichtshofes. Aber das Papen-Kabinett hat schon Beweise genug geliefert, daß es über solche „Zwirnsfäden“ nicht stolpert. Sein Wahlspruch ist: Macht geht vor Recht. Und solange dem oben keine andere stärkere Macht entgegen gesetzt wird, wird diese Regierung allen Parlamenten, allen Stimmzetteln, „Entscheidungen“ zum Trotz seine konterrevolutionären Pläne bis zu Ende durchführen.

Es mag sein, daß die verordnete „Vereinheitlichung der Verwaltung“ vom rein staats-erhaltenden bürokratischen Standpunkt aus mancherlei Nützliches bringt. Doch das ist hier völlig Nebensache. Das Entscheidende ist, daß die Maßnahmen einen reinen Gewaltakt, eine Verhöhnung der alten preußischen Regierung und eine bewußte Brückierung des preußischen Landtages darstellt.

Aber politisch von noch viel weittragender Bedeutung ist diese Verordnung in bezug auf die diktator-

ische Umgestaltung der Reichsverfassung. Die Zusammenlegung aller preußischen Ministerien mit den einschlägigen Reichsministerien ist der erste entscheidende Schritt zur vollkommenen Umgestaltung der Reichsverfassung. Es ist der erste Schritt zur Durchführung des Planes der Papen-Regierung, unter engster Zusammenfassung von Preußen und Reichsregierung das ganze Reich durch eine Diktatur der Junkerkaste zu beherrschen und dem durch Wehrrechtsverschlechterung kastierte Reichstag wie auch den einzelnen Länderregierungen und Parlamenten nur noch ein Schattendasein einzuräumen.

Die für die Umgestaltung der Preußenregierung vorgesehene Ernennung von Reichsministern ohne Portefeuille, die als preußische Minister zu fungieren haben, ist noch nicht vollzogen. Aber die Verzögerung liegt nicht an staatspolitischen Bedenken oder ähnlichen, sondern nur noch an rein formellen Fragen. Darüber gibt folgende Meldung Aufschluß:

Berlin, 29. Oktober.

CNB. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist die Ernennung des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht und des Staatssekretärs Dr. Popitz zu Reichsministern ohne Portefeuille am heutigen Sonnabend nicht mehr zu erwarten. Man rechnet damit, daß diese Ernennungen erst am Montag erfolgen. Ueber den ganzen Komplex der Personalfragen ist übrigens noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Das hängt offenbar damit zusammen, daß noch nicht abschließend geklärt ist, wer mit der kommissarischen Leitung des Kultusministeriums beauftragt wird.

Bayerische Regierung protestiert

– und wird von Papen-Hindenburg abgewiesen

Berlin, 29. Oktober.

WTB. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wurde folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis gebracht:

„Der Ministerrat hat sich soeben auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt. Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet wird.“

Der Ministerrat bittet deshalb den Herrn Reichspräsidenten, keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.“

Regierungsoffiziell wird dazu bekanntgegeben:

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler damit beauftragt, den bayerischen Ministerpräsidenten darüber aufzuklären (1),

daß der Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Maßnahmen des Reichs hielten sich völlig innerhalb der Befugnisse, die dem Reichskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofes zuerkannt seien (1).

Die Abfuhr Brauns bei Hindenburg

Berlin, 29. Oktober.

WTB. Reichskanzler von Papen und der preußische Ministerpräsident Braun wurden heute mittig vom Reichspräsidenten empfangen. Der Reichspräsident führte aus, es müsse beiderseits der loyale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Ministerpräsident Braun folgte aus dem Leipziger Urteil, daß das Staatsministerium in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden müsse. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Ueber die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung stattfinden.

Reichskanzler von Papen betonte, daß der Reichskommissar weiterhin die gesamte Exekutive einheitlich in der Hand behalten müßte. Daraus ergebe sich die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preußischen Verwaltung durchzuführen.

Der preußische Ministerpräsident betonte, daß er insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verständigung mit der preußischen Staatsregierung widerspreche.

Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

10 Jahre Mussolini-Hölle

Wir veröffentlichen auf der 4. Seite des Hauptblattes einen aufschlußreichen

Brief aus Italien

Der Brief schildert, wie in dem faschistischen Italien, wo das „dritte Reich“ seit zehn Jahren herrscht, die Arbeitslosigkeit nicht minder groß als in Deutschland ist, die Löhne am niedrigsten in der ganzen Welt sind. Das ganze Land gleicht einem einzigen Zuchthaus. Jeder Widerstand des Volkes wird vom blutigsten Terror erstickt.

Wer gegen die Einführung solcher Zustände in Deutschland mit Erfolg kämpfen will, der muß sich mit der SAP für die Herstellung der Einheitsfront aller Proletarier, Kleinbauern und Mittelständler einsetzen und seinen Kampfwillen bekunden durch Abgabe seiner Stimme am 6. November für die Sozialistische Arbeiterpartei,

für Liste 18

Die Opposition in der SPD

Von Maria Grollmuss

Der 20. Juli hat den Bankrott der SPD-Politik sichtbar gemacht. Darum löste er Kritik, Abrechnung und den Willen zur Wendung aus. Er wurde zum Ausgangspunkt des Wiederaufwachens der Opposition in der Sozialdemokratie. Aber diese Opposition ist nicht jener alte, durch Zielsetzung und Tradition geeinte, linke Flügel der Sozialdemokratie. Sie ist kein geschlossenes Ganzes, sie ist ein wirres Durcheinander verschiedenartiger Strömungen.

Drei Richtungen lassen sich erkennen.

Da sind zunächst die Ueberreste der alten linken Opposition. Gurland schreibt in der „Chemnitzer Volksstimme“ gern von der „neuen Etappe“ des proletarischen Klassenkampfes, von der „Neuorientierung der Kampfziele, der Kampfmethoden, der Kampfstrategie“, vom „beginnenden Umstellungsprozeß“ in Richtung Sozialismus und Klassenkampf. Die Reste der alten Opposition glauben, nun die alte Aufgabe der sozialdemokratischen Linken wieder aufnehmen zu können. Aber sie haben nicht einmal die Kraft, ihr eigenes Organ, die „Marxistische Tribüne“ zu erhalten. Sie hat mit dem Eintritt Gurlands in die Redaktion der „Chemnitzer Volksstimme“ aufgehört zu erscheinen. Die Stoßkraft der Gruppe ist gebrochen: durch die übernommene Mitverantwortung für Tolerierungspolitik und Hindenburgwahl, durch die Kapitulation vor dem Parteivorstand. Der Ueberrest der alten Opposition ist kein entscheidender Faktor mehr.

Stärker und aussichtsreicher ist eine andere Opposition. Sie ist unerwartet aufgetaucht. Es ist ihr gelungen, bemerkenswerte Änderungen auf den Kandidatenlisten der SPD durchzudrücken. Sie hat u. a. in Hamburg den ADGB-Führer Grafmann, in Württemberg die alten Erzreformisten Keil und Hildenbrand zu Fall gebracht.

Diese Opposition ist entstanden aus dem Abschwanken der Vorhut im reformistischen Lager. Es ist die Garde von Braun und Severing, die sich gegen ihre alten Führer erhebt. Es sind die „jungen Leute“ der leitenden Männer, die jene gewagten und scharfen Vorstöße der reformistischen Staatspolitik zu verteidigen hatten, zu deren Vertretung der Stamm der sozialdemokratischen Arbeiterfunktionäre sich noch nicht hergab. Wir finden unter ihnen die Befürworter der „aktiven Wehrpolitik“ des „nationalen Freiheitskampfes“, des „unbedingten Staatswillens“ und des religiösen Sozialismus. Wir finden neben der jungen Ministerialbürokratie die jungen Abgeordneten und Journalisten: Neben Haubach, dem Pressechef Zörgiebel, die beiden „Frontkämpferabgeordneten“ Mierendorff und Schumacher und den religiösen Sozialisten August Rathmann, der unter Sollmanns Protektorat den „Irrationalismus“ zu erneuern sich bemüht. Diese Leute stützen sich auf einen Teil des Reichsbanners. Die „Eiserne Front“, die das Gewicht des Reichsbanners in der sozialdemokratischen Parteiorganisation erhöhte, hat ihnen erst eine Massenbasis in der Partei verschafft. Getragen von der „Eisernen Front“, sind sie oft gegen den Widerstand des Apparates – aus abhängigen Kreaturen der obersten

Partei zu Vertretern einer Massenbewegung und Massenbewegung geworden. In den „Neuen Blättern“ für den Sozialismus“ haben sie einen geistigen Mittelpunkt für die offizielle Gruppenarbeit, das Budget aber ein Sprachrohr und eine Satzung der Diskussion.

Sie machen den politischen Kampf zum Generationskampf. Sie, die Vertreter der jungen Generation, stürmen an gegen die versagende alte Führung. Sie wollen, daß der nächste Einsatz der Sozialdemokratie im Staat mit jungen Kräften geschähe, entschlossenem Willen, mit vollem Nachdruck (Rothmann in den „Neuen Bl.“ Heft 8) „jung, aktiv und radikal“ mit der gesamten Haltung der Partei werden, „Mittelalter, Putschist und Energieverlust“ müssen verschwinden („Neue Bl.“ Heft 9).

Das ist nicht die Haltung von Arbeitern, sondern die Haltung von Klassenkämpfern, die den Reformismus aus seinen Positionen werfen wollen, der ist nur das brutale Diktieren der Jungen, die es nicht erwarten können, daß die Alten abtreten. Es geht nicht um die Politik, es geht nur um die gesamte Haltung der Partei werden, „Mittelalter, Putschist und Energieverlust“ müssen verschwinden („Neue Bl.“ Heft 9).

Nicht Klassenkämpfer wollen sie sein, die Oppositionellen der jungen Generation, sondern junge Aktivist, „positive Radikale“. Der „positive Radikalismus“ steht im schärfsten Gegensatz zur Klassenpolitik, die als „negativer Radikalismus“ bezeichnet wird („Neue Bl.“ Heft 9). Sie wollen nichts weiter als die alte reformistische Politik mit schärferer Zuspitzung und größerer Wucht — und sie wollen sie selber machen!

Diese Opposition ist ein Produkt der Zersetzung und Auflösung des proletarischen Charakters der Sozialdemokratie. Sie ist ein Schritt weiter auf dem Wege der Verbürgerlichung, ein Ruck weiter nach rechts — noch über den Standpunkt hinaus, den der Parteivorstand in jahrzehntelanger reformistischer Klassenverrat heute erreicht hat.

Was ist geworden, wenn an Stelle von Peter Großmann ein Staatssekretär Staudegger tritt, an die Stelle der alten Reformisten, die die Arbeiterbewegung verrieten, jene jungen Karrierehändler, die überhaupt niemals zugehörten? Sie sind die Freibeuter der Krise, die heute die Arbeiterbewegung durchschüttelt.

Diese Sorte von Opposition ist keine saubere Sache. Sie ist ein politisches Mißbrauch der Erregung, die durch die Massen geht. Jeder anständige Sozialdemokrat muß ihr das Handwerk verlegen. Und die ethische Jugend, die dem Kreis der „Neuen Blätter“ nahesteht, muß sich lossagen von jenen, die den Kampf um politische Prinzipien durch nackte Postenjägerie ersetzen.

Es gibt noch eine dritte Opposition. Das sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, die den Bankrott der reformistischen Politik in täglichen praktischen Klassenkampf erfahren. Immer heftiger wird ihre Kritik. Sie verlangen außerparlamentarische Aktionen. Auf der Bezirkskonferenz des DMV, die am 9. Oktober in Dresden stattfand, hat es eine gründliche Debatte der sozialdemokratischen Funktionäre über die Auswirkungen der reformistischen Politik in den Gewerkschaften gegeben.

Hier ist die Kraft in der Sozialdemokratie, die imstande wäre, einen ernstesten Kampf gegen die reformistische Politik und die reformistischen Führer aufzunehmen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre sind eine Macht, aber gegen den Reformismus nur, wenn sie entschlossen auftreten. Der beste Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre ist im Kern seines Wesens Klassenkämpfer. Sie haben in den Gewerkschaften bereits den ersten Schritt vom Wege der reformistischen Kapitulation auf den Weg des Widerstandes erzwungen. Aber sie, die Kerntruppe der organisierten Arbeiterschaft, neigen zur Ueberschätzung der Organisation. Sie stellen die Organisation höher als die Politik. Und das heißt: Sie verzichten um der Einheit der Partei willen immer wieder auf die gewaltsame Durchsetzung ihrer klassenkämpferischen Linie. Sie begnügen sich mit Kritik, mit Einzelorderungen. Sie wagen nicht bis zu Ende zu denken und erst recht nicht bis zu Ende zu wollen. Sie schlagen sich selbst in Fesseln.

Die Opposition der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre muß diese selbstgeknüpften Fesseln zerreißen. Sie muß über die Kritik, über die Beschränkung auf Einzelorderungen und überhaupt über das bloße Fordern hinausgehen. Sie muß handeln. Nicht wieder nur auf die Parole warten, die nicht kommt, wie am 20. Juli — sondern selber die Parole ausgeben, wenn und wo es sein muß — in den Gewerkschaften und in der Partei.

Zentrum für Verfassungsänderung

Annäherung an Papen?

Sollagen, 30. Oktober.

CNB. In einer Versammlung der Zentrumspartei beschäftigte sich Sonnabendabend Minister u. D. Dr. Stegerwald mit der Rede des Ministers von Gayl vor dem Verein Berliner Presse. Die Änderung des Wahlrechts durch Verkleinerung der Wahlkreise, so meinte Dr. Stegerwald, Heranführung des Wahlalters auf 25 Jahre, die Erteilung von Zusatzstimmen an Familienoberhäupter und Kriegswidwite seien Dinge, über die man sprechen könne. Die Meinungen gingen auseinander über den Weg, der hierbei einzuschlagen sei. Die Zentrumspartei wehre sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß solche einschneidenden Änderungen durch Verordnungen getroffen würden. Wenn auch in der Haltung des Ministers eine starke Annäherung an den Standpunkt des Zentrum festzustellen sei, so müsse doch mit allem Nachdruck gefordert werden, daß solche Dinge von einem breiten Volkswillen getragen würden, ohne den eine stabile Regierung auf die Dauer überhaupt nicht bestehen könne. Der Reichstag vom 6. November werde im übrigen nicht so schnell aufgelöst werden wie der letzte.

Diese Rede Stegerwalds kann trotz aller Einwände nicht anders aufgefaßt werden, als eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik der Papen-Regierung und damit als ein Versuch des Zentrums, für den Fall, daß die Wahl am 6. November die jetzige Nazi-Zentrumsmehrheit beseitigt, schon jetzt die Verbindung mit der Papen-Regierung vorzubereiten. Dieser Annäherungsversuch ist um so bezeichnender, als er in dem Augenblick erfolgt, in dem die Papen-Regierung in der Diktatur-Politik gegen Preußen einen entscheidenden Schritt weitergeführt hat.

Ein neuer Beweis, wie lächerlich und falsch die ganze SPD-Politik ist, die immer noch auf eine parlamentarische Lösung der jetzt zu Entscheidung stehenden Machtfragen spekuliert und sich dabei auf das „verfassungstreue“ Zentrum glaubt stützen zu können. Für die Arbeiterklasse gibt es keinen anderen Weg, um den Wahlrechtsraub und die Herrenklubdiktatur zurückzuschlagen, als den außerparlamentarischen Massenkampf unter Einsatz aller Machtmittel der Arbeiterorganisation.

Blutiger Hohn der Reaktion

Wie die von der SPD verkündete „Niederlage Papens“ in der Praxis aussieht

In der regierungstreuen „Schlesischen Zeitung“ höhnt im Leitartikel ihrer Sonntagsnummer:

„Man muß schon sagen: es tut einem fast leid, den alten, wackeren Herrn Braun von der Sozialdemokratie, vor dessen knorriger Persönlichkeit auch seine politischen Gegner immer Achtung gehabt haben, in dieser kläglichen Lage zu sehen. War schon für die Herren Braun und Severing der 20. Juli, als ihnen von dem Leutnant und zehn Mann im Handumdrehen ganz Preußen abgenommen wurde, ein sehr unruhliches Ende einer langen politischen Lebensbahn, so ist ihr jetziges Wiederauftauchen für ihr Ansehen vernichtend. Das Urteil hat diese Minister in eine so unmögliche Lage versetzt, daß sie, wenn sie einigermaßen gut beraten gewesen wären, sich hätten sagen müssen: bevor wir uns auf Grund eines solchen Urteils zum Gespött der Öffentlichkeit machen, bleiben wir schon lieber im Dunkel, in welches uns die höhere Gewalt des 20. Juli versetzt hat, und treten endgültig von der politischen Bühne ab.“

Aber sie haben es vorgezogen, mit matter Hand noch einmal nach dem Saum des Mantels, der die Macht umkleidet, zu haschen. Wie denken sie sich das?

Das einzige, was der Leipziger Spruch Herrn Braun einräumt, ist, ausgerechnet das tun zu dürfen, was er damals, als er noch die volle Macht besaß, nicht wagte! Na, viel Vergnügen! Ein Teil der Linkspresse bringt ja wirklich das Kunststück fertig, ihren Lesern den Leipziger Spruch als einen Erfolg Brauns darstellen zu wollen. Wir möchten nicht in der Haut des Schattenkabinetts stecken, wenn es wirklich dem Lande das Possenspiel vorführen sollte, vor dem Landtag zu erscheinen. Man denke sich nur Herrn

Severing den Zwickel-Erlaß seines kommissarischen Kollegen Bracht vor dem Parlament vertreten!“

Die Tatsachen berechtigen leider die Reaktionäre zu derartig frechem Hohn. Den Arbeitern und besonders den sozialdemokratischen zeigt dieser Hohn und Spott in welcher kläglichen Situation nicht nur die Braun-Severing, sondern die ganze Arbeiterklasse durch die feige reformistische „Staatspolitik“ gekommen ist. Wie die Dinge am 20. Juli lagen, war die Verteidigung der Preußenregierung mit allen verfügbaren Mitteln gegen den reaktionären Angriff Papens ein Gebot der ganzen Arbeiterklasse. Nachdem aber die SPD und ADGB den einzig möglichen Massenkampf und Generalstreik ablehnten, ist der jetzige Versuch der Braun-Severing, mit Hilfe des unmöglichen Staatsgerichtshofurteils und durch verabscheuungswürdige Winsel beim Reichspräsidenten das zu Papa gewordene „Preußenbollwerk“ zu erhalten und ein Schattendasein als Minister weiterzuführen zu wollen, einfach erbärmlich.

Sozialdemokratische Arbeiter, erkennt, in welcher unmöglichen Lage auch ihr durch diese klägliche Politik eurer Führer gebracht wurde. Macht diesem Trauerspiel, das die ganze Arbeiterbewegung zum Gespött der Klassegegner macht, ein Ende. Jagt diese unfähige reformistische Führergesellschaft zum Teufel und kämpft mit der SAP, mit euren klassenbewußten Arbeitskollegen in geschlossener außerparlamentarischer Massenaaktion. Dann, nur dann, wird den frechen, übermütigen Junkern das Höhnern und Spotten bald vergehen.

Neue Nazimorde

Tote und Schwerverletzte

Hamburg, 30. Oktober.

In der Fruchttallee wurde am Sonnabend der Reichsbannermann Suxdorf von dem Nazimann Amus durch einen Schuß getötet, ein Unbeteiligter erhielt einen Armschuß.

Hamburg, 30. Oktober.

W.T.B. An der Wandsbeker Grenze kam es heute nachmittag zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Schüsse fielen. Ein KPD-Mitglied wurde durch Bauchschuß verletzt. Polizeibeamte wurden gleichfalls beschossen, mit Steinen beworfen und so hart bedrängt, daß sie von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Dabei wurde der in Wandsbek wohnende 27 Jahre alte Bruno Borowski durch Kopfschuß verletzt. Auch Borowski soll Angehöriger der KPD sein. Weitere verletzte Personen konnten von der Polizei nicht festgestellt werden.

In fast allen Fällen entwickelten sie sich aus Streitigkeiten mit nationalsozialistischen Werbekolonnen, die heute früh in verschiedenen Stadtteilen eingesetzt worden waren. Eine solche Werbekolonne griff in der Wandsbekerstraße Kommunisten und Reichsbannleute an. Es fielen mehrere Schüsse.

13jähriger Knabe von Nazis erschossen

Meiderich, 30. Oktober.

W.T.B. An der Unterführung der Hüttenbahn der Vereinigten Stahlwerke wurde bei einem politischen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und dem Arbeiter Flesken der 13jährige

Schüler Hoffmann durch einen Revolverschuß verletzt, an dessen Folgen der Knabe kurz darauf gestorben ist. Der tödliche Schuß soll von den Nationalsozialisten abgegeben sein. Der Arbeiter Flesken und 18 Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Sie beten für Hindenburgs Tod

Die ehemaligen Harzburger Bundesgenossen gucken sich jetzt gegenseitig scharf auf die Finger. Der „Stahlhelm“ hat in seinem Bundesorgan jetzt sogar eine eigene Rubrik: „Nationalsozialistischen Versammlungen“ eingerichtet.

Da findet sich in der letzten Nummer des „Stahlhelm“ folgender Bericht eines Stahlhelmmannes aus Rahden i. Westfalen:

„Die NSDAP veranstaltete gestern einen „Deutschen Abend“ mit Armeemarsch-Abend. Im Laufe des Abends hielt der Kreisführer Watermann aus Lübbecke (Westfalen) eine Ansprache, in der er folgendes fertigbrachte. Er appellierte an die deutschen Frauen und Mädchen, sie sollten tüchtig beten,

damit unser lieber Herrgott den allverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg bald zu sich nähme in sein himmlisches Reich!“

So sieht eine Partei aus, die auf den Sieg ihrer Idee vertraut: Ihre einzige Hoffnung bleibt, daß durch den Tod des Reichspräsidenten ihre Chancen wachsen werden!

Vorbildliche

Parteiverbundenheit

Die Redaktion der „SAZ“ erhielt folgenden, nicht zur Veröffentlichung bestimmten Brief:

Breslau-Herrnprotsch, 28. Oktober.

Liebe Genossen!

Für den mir zuerkannten 10-Mark-Preis anlässlich des Wettbewerbs danke ich Euch herzlich.

Ich möchte nur meine Verbundenheit mit unserer Partei dadurch beweisen, indem ich Euch bitte, von diesen 10 Mark 3 Mark der Wahlkasse der SAP zuzuführen und für 2 Mark Propagandamaterial („Prolet greif zu“, „Was will die SAP?“ usw.) und einige Exemplare der Sondernummer mir so rechtzeitig zu übermitteln, daß ich damit noch vor der Wahl Aufklärung verbreiten kann.

Kampfbewält

Julius Breitkopf, Breslau-Herrnprotsch.

Dieser Brief zeugt von einer prächtigen Stimmung unserer Genossen, beschämt die Kleingläubigen und widerlegt das dumme Geschwätz der Gegner über die angeblich „zerfallende“ SAP.

Lächerlich geringe Strafen für die Königsberger SA-Bombenwerfer und Brandstifter

Königsberg, 29. Oktober.

W.T.B. Im Terroristenprozeß wurde heute nach einstündiger Beratung folgendes Urteil verkündet: Buraw wurde zu 1½ Jahren Zuchthaus, Müller zu 1 Jahr Gefängnis, Dargel zu 5 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Günther, Gerhard Kuhn, Bruno Kuhn, Otto Kuhn, Liss, Gust und Wenzel zu je 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Raether wurde freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet.

Königsberg, 29. Oktober.

W.T.B. Im zweiten Königsberger Terroristenprozeß verkündete das Sondergericht folgendes Urteil: Sieben Angeklagte wurden wegen versuchter Brandstiftung, der Angeklagte Walter wegen Anstiftung dazu verurteilt. Walter erhält neun Monate Gefängnis, Passenheim und Schumacher je sieben Monate und die übrigen Angeklagten je fünf Monate Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten. Die erlittene Untersuchungshaft wird in Anrechnung gebracht.

Man stelle sich nur einmal vor, daß das Kommunisten gewesen wären. 10 bis 15 Jahre Zuchthaus für alle Angeklagten wären sicher das mindeste gewesen.

Freigabe der Rote-Fahne-Druckerei

Berlin, 29. Oktober.

CNB. Gemäß Beschluß des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts wurde die Rotationsmaschine der City-Druckerei (Rote Fahne) zum Gebrauch freigegeben. Die Beschlagnahme jedoch bleibt bestehen.

Leichtfertige Anklagen Nach 8 Wochen Untersuchungshaft freigesprochen!

(Eigener Bericht der SAZ)

Am Freitag standen unser Jugendgenosse Rudi Gerstenberger, sein Bruder Hans und dessen Freund vor dem Landgericht in Moabit unter der Anklage des Landfriedensbruches. Den dreien wurde vorgeworfen, im September dieses Jahres eine Schlägerei mit Nationalsozialisten herbeigeführt zu haben.

Auf wie schwankendem Grunde diese Anklage ruhte, wurde offensichtlich, als die von unserem Genossen Rosenfeld und von den übrigen Verteidigern geladenen Entlastungszeugen übereinstimmend die Aussagen der Angeklagten bestätigten. Nicht unser Genosse Gerstenberger war der Angreifer; vielmehr wurden er und seine Mitangeklagten

von einer Ueberzahl von Nazis überfallen und in der rohesten Weise mißhandelt.

Auf die Aussagen der Nazis auf dem Polizeirevier wurden jedoch die Ueberfallenen verhaftet und mußten acht Wochen im Untersuchungsgefängnis verbringen, ehe die Gerichtsverhandlung den Beweis ihrer Unschuld erbrachte!

Wie ungläubwürdig die Aussagen der einzigen Belastungszeugen, die drei Nazis waren, die nach ihren Aussagen selbst im schwersten Verdacht stehen, an der Schlägerei nicht ganz unschuldig zu sein, zeigte das Plädoyer des Staatsanwalts. Dieser führte aus, daß die den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten nicht erwiesen seien, bestätigte den Belastungszeugen, daß man aus ihren Aussagen beim besten Willen nicht den Wunsch nach Objektivität heraushören konnte, vielmehr liege die größere Wahrscheinlichkeit der Schilderung des wahren Sachverhaltes auf Seiten der Angeklagten und er beantrage daher, die Anklage fallen zu lassen. Dieser Ansicht des Staatsanwalts schloß sich auch das Gericht an, und unser Genosse mit seinen beiden Mitangeklagten wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, da „durch die Verhandlung ihre Schuld nicht erwiesen worden war.“

Kleine Nachrichten

Brüssel, 30. Oktober.

W.T.B. Der sozialistische Abgeordnete Dejardin, Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes, ist gestorben.

Auflösung der dänischen Abgeordnetenkammer

Kopenhagen, 29. Oktober.

W.T.B. Der König hat die Auflösung des Folketing mit Wirkung ab 15. November verfügt.

Ein neuer Monstreprozeß

(Sonderbericht der SAZ)

Kreuzburg O.-S.

Wie wir neulich berichteten, sollte einige Tage nach dem Saalschlachtprozeß ein zweiter Monstreprozeß in Kreuzburg stattfinden, der hier als der größte, der seit Jahren verhandelt worden ist, anzusehen war. Er begann am Mittwoch, den 19. Oktober, und dauerte eine ganze Woche lang 26 Angeklagte und über 60 Zeugen. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Dr. Gospos, Oppeln, der ja schon aus dem Saalschlachtprozeß bekannt sein dürfte, die Anklage vertrat Herr Assessor Jaeneke-Oppeln.

Die 19 angeklagten Nazis wurden durch Rechtsanwalt Dr. Wagener, Kreuzburg, die 7 Stahlhelmer durch Dr. Fliege, Kreuzburg, verteidigt.

Für die seinerzeit erheblich verletzten Reichsbannerleute, die als Nebenkläger zugelassen wurden, hatte der schon aus größeren Prozessen bekannte Dr. Braun aus Magdeburg die Verteidigung übernommen.

Gegenstand der Verhandlung bildete ein planmäßiger Überfall der SA und des Stahlhelms auf die Reichsbannerleute am 14. Februar dieses Jahres in Bischdorf, Kreis Kreuzburg.

An jenem Tage fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung zwecks Gründung der Eisernen Front in Bischdorf statt. An diesem Tage sprach der Gaugewerkschaftsführer Musiol. Der Nazi-Kreisgruppenführer Kämpf, Kreuzburg, meldete sich zur Diskussion, da er annahm, daß es sich um eine öffentliche politische Versammlung handele. Die Versammlungsleitung gab ihm zu erkennen, daß es sich um eine Versammlung handele, zu der nur Mitglieder der SPD, der Sportvereine und der Gewerkschaften eingeladen seien. Kämpf bestand dennoch darauf, sprechen zu können und wandte sich an den Gemeindevorsteher. Doch ehe ein Bescheid von diesem eintraf, entwickelten sich Plänkereien zwischen der gemeinsamen Front der SA und dem Stahlhelm auf der einen Seite und der „Eisernen Front“ auf der anderen Seite, die aber damit unterbunden werden konnten, daß schließlich der Kreisgruppenführer Kämpf nachgab und seine Gesinnungsfreunde aufforderte, den Saal zu verlassen, um sich vor dem Gasthofe, in dem die Versammlung stattfand, zu sammeln.

Wie nicht anders zu erwarten war konnten nach Schluß die Eisenfrontler nicht unbelästigt nach Hause gehen. Die ersten, die heraus kamen, wurden mit Schimpf- und Schimpfworten empfangen. Die, die sich auf Rädern nach Hause begeben wollten, wurden von einer Meute mit Knüppeln und ähnlichen Mordwerkzeugen vom Rade geschlagen. Die anderen verfolgten den Redner Musiol und den Gewerkschaftssekretär Ubrich, die ein hilfloser Landläger begleitete, bis weit auf die Landstraße. Sie drangen mit Fäusten, Stöcken und Stiefelabsätzen auf die im Graben befindlichen Eisernen Frontleute ein, die zugaben, in Notwehr blindlings Schreckschüsse abgegeben zu haben, wobei ihnen die Waffen entwendet wurden.

Fast alle Angeklagten bestritten, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben, obwohl von ihnen ein großer Teil überführt

Distriktsführer und Zeitungsohleute

Der Wochenendverkauf der „SAZ“ ist bis spätestens Mittwoch in der Expedition abzurechnen.

Expedition der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ Breslau

werden konnte. Ein Teil von den Angeklagten sowie Stempel, Fritz und Hans, Mruk, Wilzek und andere machten einen reichlich merkwürdigen Eindruck — was bei den ländlichen Lumpenproletariern häufig zu finden ist. Einer führte sogar zur Entschuldigung seiner widerspruchsvollen Aussagen seinen „starken Gedächtnisschwund“ ins Treffen.

Als der Vorsitzende einzelne Angeklagte wegen ungebührlichen Benehmens rügen mußte, bekam er ein gleichgültiges Lächeln als Antwort, was ihm doch — von uns gar nicht erwartet — zu der Äußerung trieb: „Ich kann gar nicht begreifen, daß man Ihnen solche Lehren gibt; Sie lassen sich nur verhetzen, wie dumme Jungen.“

Das Gericht erkannte an, daß sich die Zeugen Olbrich und Musiol in Notwehr befunden haben. Es könne die Gründe der Verteidigung nicht anerkennen, weil es „Notwehr gegen Notwehr nicht gibt“.

Obwohl in dem Urteil die Nazis und Stahlhelmer in vier Fällen wegen schweren Landfriedensbruches und in sieben Fällen wegen schwerer Körperverletzung bestraft wurden, war das Gericht noch auffallend milde. Es kam zu 13 Freisprechungen; bei den anderen 13 zu einer Gesamtgeldstrafe von 150 Mark und einer Gefängnisstrafe von insgesamt 37 Monaten. Vor allen Dingen hätte man den beiden Inspektoren stärker zu

Leibe rücken müssen, da sie als die eigentlichen Rädelsführer anzusehen waren. Zu diesem Urteil brauchte man eine volle Woche.

Sondergerichtsverhandlung Zuchthausstrafen für gemeinschaftliche Körperverletzung eines Oberlandjägers

Als treffendes Gegenstück könnte man das Sondergerichtsurteil, das hier an gleichen Tage gefällt wurde, ansehen. Hier hatten sich 9 Angeklagte, die anschließend an ein Erntefest, auch in Bischdorf, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung eines Oberlandjägers zu verantworten. Von den 9 Angeklagten wurden vier freigesprochen und die anderen fünf zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Winterfahrplan der Straßenbahn

Der am 1. November 1932 in Kraft tretende Winterfahrplan der städtischen Straßenbahn weist im Hinblick auf den weiter fortgeschrittenen Verkehrsrückgang hinsichtlich der Linienführung, der Zugfolge und der Betriebszeiten wiederum einige Änderungen auf:

In der Linienführung werden in der Hauptsache folgende Änderungen eintreten:

Die Linien 1 und 11 werden vereinigt zu der Linie 1, die nunmehr durchweg zwischen Westendstraße und Grimmstraße bzw. Grotzweg verkehrt. Die Zugfolge wird an den Werktagen von 6 und 7 1/2 Minuten und in den Abendstunden von 11 auf 12 Minuten erweitert.

Die Linie 4 wird täglich — auch an Sonn- und Feiertagen — vom Betriebsbeginn bis etwa 13 Uhr nur zwischen Morgenau und Feld-, Ecke Klosterstraße und nach dieser Zeit bis zum Betriebschluß zwischen Morgenau und Ring betrieben werden. An Stelle der Fahrten nach der Großmarkthalle verkehrt ein Pendelwagen mit einer Wagenfolge von zehn Minuten zwischen Reich-, Ecke Gräbischer Straße und Großmarkthalle mit Anschluß an die Straßenbahnlinie 10.

Die Linie 5 wird mit Rücksicht auf das geringere Verkehrsbedürfnis werktags in der Zeit von etwa 9 bis gegen 12 Uhr nur zwischen Ofener Straße und Ring verkehren. An Sonn- und Feiertagen wird diese Linie erst von etwa 12 Uhr ab bis Promnitzstraße durchgeführt werden.

Die Linie 15 wird von Lohestraße über die Höfchenstraße, Graupenstraße, Ring West-

seite, Werderbrücke und Rosenthaler Straße nach Oswitz geführt. Zurück fährt sie über die Herrenstraße.

Die Bauarbeiten zum Einbau einer Gleiskurve am Landgericht sind bereits in Angriff genommen, so daß die veränderte Linienführung am 1. November 1932 erfolgen kann.

Die Linie 26 wird werktags in den frühen Morgen- und späten Abendstunden sowie an Sonn- und Feiertagen bis etwa 8 Uhr nur zwischen Loh- und Tiergartenstraße, in der übrigen Zeit über Michaelisstraße bis Benderplatz verkehren. Die Fahrten nach Oswitz fallen — wie bisher — im Winter fort.

Eine Erweiterung der Wagenfolge ist bei der Omnibuslinie A (Breslau — Herrnsprotsch bzw. Alt-Stabelwitz) in den Vormittagsstunden der Sonn- und Feiertage auf 75 Minuten vorgesehen. Dagegen soll bei der Omnibuslinie H (Breslau — Hundsfeld) die Zugfolge auf 40 Minuten (bisher 15 Minuten) verdichtet werden.

Zum Gebrauch für die Fahrgäste wird ein neues Fahrplanchest herausgegeben, das wesentlich übersichtlicher als die bisherigen Fahrpläne gehalten sein wird und dem auch Stadtpläne mit Linienführung beiliegen werden. Es ist in den bekannten Ausgabestellen zu dem bisherigen Preise von 60 Pfg. zu haben.

Vom 1. November 1932 ab dürfen die vorderen Wagenlatten nicht mehr zum Ein- und Aussteigen benutzt werden, vielmehr sind sie dauernd geschlossen zu halten und dürfen nur ausnahmsweise in Fällen dringender Gefahr geöffnet werden.

SA klagt Sprengstoff

Zahlreiche Verhaftungen im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen

In der Nacht zum 30. Juli wurde aus der Ziegelei Kynau bei Waldenburg etwa ein Zentner Sprengstoff mittels Einbruchs entwendet. Nunmehr sind die SA-Leute Karl Fallert aus Seltendorf, Erich Pietrzoch aus Waldenburg und Reissner aus Weigstein verhaftet worden. Es besteht dringender Tatverdacht, daß sie gemeinschaftlich den Einbruch verübt haben. Ferner ist gegen den im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag in Reichenbach bereits verhafteten Standaartenführer Rauscher ein weiterer Halbbefehl ergangen, weil er der Anstiftung zu dem Sprengstoffdiebstahl dringend verdächtig ist.

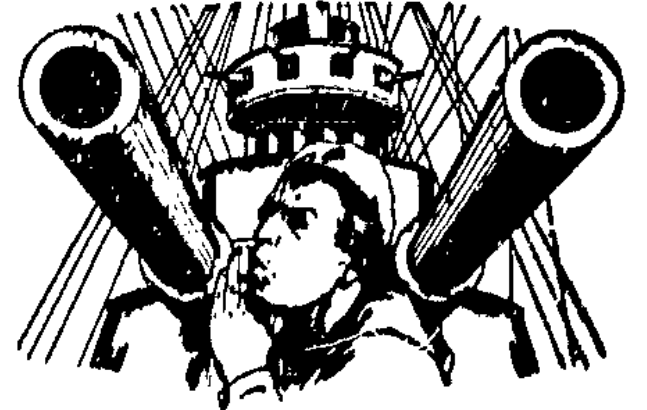
Die Justizpressestelle Breslau teilt mit:

Wegen der Sprengstoffanschläge in Heidersdorf, Grok-Kaucantz und Gollschau bei Nimpsch sind nunmehr fünf Personen in Haft genommen worden. Es handelt sich um den Standaartenführer Ritterauspächter Adolf Tiller aus Langenols, Handlungsgehilfen Georg Lucas aus Prauß, Steuerberater Manfred Günzel aus Heidersdorf, Bautechnikerlehrling Oskar Zedler aus Sentsz und Elektromonteur Kurt Vogel aus Rolschlag. Die beiden ersten stehen im dringenden Ver-

Revolutionsfeler

Mittwoch, 2. November, 18 u. 20,15 Uhr, im Konzerthaus, Gartenstraße, mit Gen. P. Frölich

Als Filza läuft



der „Panzerkreuzer Potemkin“

Die Karten für die zweite Abendveranstaltung zu 25 und 35 Pfg. sind ausverkauft; es sind nur noch Karten zu 45 Pfg. zu haben.

Wir empfehlen daher den Frauen und erwerbslosen Genossen den Besuch der ersten Abendveranstaltung um 18 Uhr. Für diese Veranstaltung steht ein beaufsichtigter Fahrradstand gratis zur Verfügung. Karten zu 20, 30 und 40 Pfg. sind noch zu haben.

dacht der Täterschaft, die drei Letztgenannten sind der Beihilfe verdächtig. Es ist Halbbefehl erlassen. Es handelt sich um versuchten Mord in drei Fällen in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz.

Auch im Landgerichtsbezirk Görlitz werden die Ermittlungen fortgesetzt. Wegen des Anschlags auf den Konsumverein in Heidersdorf, Kreis Laubau, sind ein Sturmführer, zwei Truppführer und ein Scharführer der SA verhaftet worden. Ein der Mittäterschaft dringend verdächtiger Sturmbannführer ist flüchtig.

Im ganzen befinden sich wegen der Anschläge im Landgerichtsbezirk Görlitz 22 Personen in Haft.

Sozialismus „nicht von dieser Welt“

„goldenes“ Heilmann-Wort

Heilmann im Zirkus Busch. Der Zirkus halb leer. Er, der die SPD bereits mit so vielen ach so schönen „goldenen Worten“ beschenkt hat, prägt den Satz:

„Es kommt im Augenblick nicht auf eine Mark Unterstützungsrub und fünf Pfennig Lohnabbau an, sondern es geht um ein höheres Ziel, um den Sozialismus.“

Wie sagt doch die Kirche? Das Diesseits ist schlecht und verflöcht mit dem „Jenseits“. Heilmann sagt, erduldet die Ungemach und das Elend. Es kommt auf Lohn- und Unterstützungsrub nicht an. Wir verflöchten euch mit einem höheren Ziel, mit einem Sozialismus, der „nicht von dieser Welt ist“.

Daß dieser Sozialismus nur auf parlamentarisch demokratischem Wege erreicht werden kann — wie alle Redner nachdrücklich betonten — nimmt unter diesen Umständen nicht wunder.

Herrlich paßte zu dem Ganzen das schwarze Kirchenkreuz auf der Fahne der religiösen Sozialisten.

Zwei Diphtherie-Todesfälle

Glogau, 29. Oktober.

In Kuttlau, wo, wie gemeldet, Diphtherie und Scharlach weiter um sich gegriffen haben, sind zwei Schulkinder an Diphtherie gestorben. Eine erneute Prüfung der Gesundheitsverhältnisse durch den Kreisarzt hat zu der Maßnahme geführt, daß die noch gesunden Geschwister der erkrankten Schulkinder dem Unterricht fernzubleiben haben. Eine Schließung der Schulen ist noch nicht ins Auge gefaßt worden.

Falkenberg, 29. Oktober.

Die Schule in Lamsdorf, die erst im September wegen Diphtherie drei Wochen geschlossen worden war ist wegen erneuten Auftretens der Krankheit abermals auf Anordnung des Kreismedizinalarztes geschlossen worden.

Prager eröffnet
den November die Zeit des größten Anzug- u. Mantel-Bedarfs mit einem Sonderverkauf

für den eine große Anzahl hochwertiger ein- und zweireihiger Anzüge — Uisterpaletots und vieles andere zu Preisen bereit gestellt wurde, die selbst bei Prager Niemand erwartet hat. Großer Umsatz, Sondervergünstigungen durch Barokauf u. spezialparierender Eigenfabrikation sind das Geheimnis der Leistungsfähigkeit von Prager.

darum für Sie

nur Prager

Breslau, Abrißstraße 51, Eingang zur Ecke Schuberbrücke

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Greifswald: Blutsonntag vor dem Schwurgericht

(Sonderbericht der „SAZ“)

Greifswald, 29. Oktober. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Reincke wurde am Mittwoch, den 28. Oktober, die Verhandlung gegen die 22 antifaschistischen Arbeiter eröffnet, die beschuldigt sind, an den blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten bei den Baracken in der Loitzstraße im Juli d. J. teilgenommen zu haben. Die Anklage, die von Oberstaatsanwalt Dr. Wandersleben und Assessor Dr. Maisch vertreten wird, — als Nebenkläger ist der Rechtsanwalt Dr. Frauenschütz-Stralsund im Auftrage von drei Nationalsozialisten zugelassen, — lautet auf Landfriedensbruch. Bei Peters ist die Anklage auf vorsätzliche, bei Steinsch, Tennert, Behrens, Büch auf gemeinschaftliche Tötung erweitert.

Die Angeklagten sitzen in dem Bewußtsein auf der Anklagebank, ihr Leben verteidigt, das Leben ihrer Familien und ihre Wohnstätten geschützt zu haben. Sämtliche Angeklagten, mit Ausnahme des Arbeiters Beudi, sind in Haft. Viele von ihnen sind Familienväter. Als Verteidiger ist den 22 Angeklagten von der Roten Hilfe der Rechtsanwalt Dr. Weber-Greifswald gestellt worden.

Es sind über 200 Zeugen zu vernehmen, und zwar sind von den Angeklagten und ihrem Verteidiger 146 Zeugen benannt, so daß mit einer Prozedurdauer von ca. 8 Tagen zu rechnen ist.

Die Vorgeschichte des Prozesses

Im Juli dieses Jahres, nach Aufhebung des SA-Verbots, entstand unter dem Druck des faschistischen Terrors die Einheitsfront aller Werktätigen, die in mehreren Kundgebungen und drei mächtigen, disziplinierten Demonstrationen, die von der Eisernen Front und der Antifaschistischen Aktion gemeinsam durchgeführt wurden, die Kraft und die Aktivität des Proletariats bekundeten. Es war die Wut der Reaktion und der nationalsozialistischen Bevölkerung, daß es bei den disziplinierten Kundgebungen „des Unternehmenschutzes und Rotmordgesindels“ zu keinen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten gekommen ist. Noch größer wurde ihre Wut dadurch, daß der von der NSDAP für den 17. Juli angesetzte Standortaufmarsch nur ca. 700 Mann erfaßte, obgleich sie ihre SA von ganz Pommern zusammengetrommelt hatte. Ihre Niederlage glaubten sie nun durch ausgleichen zu können, daß sie die Bevölkerung terrorisierten und sich Polizeigewalt anmaßen. In den Mittagstunden wurden in der Langenreihe zwei Reichsbannerleute von einem SA-Trupp verprügelt, als diese sich in das Haus des Kommandanten verziehen wollten, wurde dieses gestürmt, bald danach der städt. Wohnhof, der von proletarischen Familien bewohnt wird und die Bezeichnung „Roter Wedding“ trägt. Hier wurden von den wütenden SA-Horden Türen und Fenster eingeschlagen, Bewohner mißhandelt. Ein Teil der SA-Banden ist inzwischen ermittelt und ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet worden.

Die Vernehmung der Angeklagten

ergab einwandfrei, daß die Nazis mit der Absicht, die Arbeiter zu verprügeln, ja totzuschlagen, organisierte Sturmangriffe auf den Konsumverein, wie auf die Arbeiterwohnungen durchführten. Unter den Kommandos: „SA ran“ — „SA greif an“ — „Pistolen raus“ griffen sie die teils vor ihren Wohnungen stehenden, teils sich in den Wohnungen befindlichen Arbeiter mit Schuß- und allen möglichen Hieb- und Stichwaffen an. Dagegen haben sich allerdings die Arbeiter sehr energisch gewehrt, wobei die drei Nazis ihr Leben einbüßten.

Ein Teil der angeklagten Arbeiter sagte aus, daß sie an den Zusammenstößen überhaupt nicht beteiligt gewesen seien. Andere geben zu, sich gegen die Angreifer verteidigt zu haben. Von den ausführlichen Vernehmungen können wir nur die charakteristischsten wiedergeben.

Der Angeklagte Peters, Melker, zur Zeit arbeitslos, widerruft seine in der Voruntersuchung gemachten Angaben. Er gibt an, wohl an diesem Sonntag zu Hause gewesen zu sein, aber sich an den Vorfällen nicht beteiligt zu haben.

Der Arbeiter Walter Simsch gibt zu, mit einer Pistole geschossen zu haben. Er hat jedoch in die Erde geschossen und nur Schreckschüsse abgegeben und kann von den gefallenen SA-Leuten keinen getroffen haben, da er an dieser Stelle nicht gewesen ist. Er schilderte anfangs, wie ihn die Nazis am Abend vorher bis nach der Wohnung seiner Mutter verfolgt haben, wie sie dauernd von diesen bedroht worden sind. Zum Schluß sagt er: „Ich habe nur das getan, wozu jeder in Deutschland das Recht hat, ich habe mein Leben und meine Familie verteidigt.“

Der Angeklagte Tennert war in seiner Wohnung, als draußen der Angriff der Nazis erfolgte.

Der achtzehnjährige Maurerlehrling Büch war bei Bekannten in den Baracken, als der Nazisturm erfolgte. Er gibt zu, aus einem Trommelrevolver geschossen zu haben.

Der Arbeiter Otto Güldner, der mit seiner Frau auf der Anklagebank sitzt, versuchte mit seiner Frau noch fortzukommen. Als sie ein Stück gefahren waren, sah er die Nazis kommen und — da er schon einmal von Nazis überfallen worden ist, kehrte er mit seiner Frau um. Als der Sturm der Nazis erfolgte, rief ein Greifswalder von ihnen: „Jetzt fliegt ihr in die Luft!“ Darauf fiel von den Nazis der erste Schuß. Er selbst hat nicht geschossen.

Der Stellmacher Otto Albrecht war mit dem Angeklagten Behrend während der Schießerei in dessen Wohnung, er hat gehört „SA greif an!“ und „Pistolen raus!“

Der Arbeiter Ernst Müller bestreitet entschieden, mit einem Tschingel auf die fliehenden Nazis geschossen zu haben. — Der Arbeiter Dinse gibt u. a. an: Als wir am Freitagabend zuvor mit einem Trupp von ca. 50 Genossen von der Demonstration nach Hause gingen, wurden wir von den Nazi-SA-Führer Weidike bedroht: „Wartet, ihr rote Mordpost, eure Newter wolt; den wir am Sonntag ausnehmen.“

Grabatsch hat von seiner Wohnung aus genau gesehen, daß die Nazis zuerst geschossen haben.

Der Arbeiter Neumann ist in seine Wohnung gegangen, als der Sturm erfolgte, und hat sich nicht an dem Abwehrkampf beteiligt. Er sagt, daß der beschuldigte Nazi Putsch-Bendt 14 Tage vorher geküßelt hat: Am 17. gehen die Baracken hoch.

Arbeiter, Genossen! Schon jetzt steht fest, daß die Greifswalder Barackenbewohner ihr Leben verteidigt haben. Die wahren Schuldigen sind die Nationalsozialisten. Protestiert schon jetzt gegen eine Verurteilung der Angeklagten.

Seigewasser und Genossen auf dem Wege zur KPD

Wie wir erfahren, beabsichtigen die früheren Mitglieder der SAP Seigewasser, Aufrecht, Werner und Genossen, die sich auf Grund ihres organisationschädigenden Treibens selbst außerhalb der Partei gestellt haben, mit einer Erklärung zur KPD überzutreten. In der öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Wedding, am 26. 10., trat Seigewasser gegen die Partei auf und forderte bedingungslose Unterordnung unter die KPD. Sein Auftreten war vorher mit den Mitgliedern der KPD vereinbart, was aus Besprechungen zwischen dem früheren Genossen Werner und dem technischen Leiter des KJV für die Bearbeitung der SAP zum Ausdruck kam. Damit haben die früheren Genossen um Seigewasser nun konsequent den Weg fortgesetzt, den sie schon auf dem Bezirksparteitag in ihrem Auftreten eingeschlagen haben.

Um eine klare Stellungnahme der Genossen zu erzwingen, forderte der Bezirksparteitag in seiner Resolution:

„Die Partei kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn bei Wahrung der notwendigen Diskussionsfreiheit vor der Aktion in der Aktion volle unelingschränkte Disziplin gewahrt wird. Parteimitglieder, die gegen gefasste Aktionsbeschlüsse verstoßen, stellen sich damit selbst außerhalb der Partei.“

Die Bezirkskonferenz erklärt weiter, daß das Eintreten für den Anschluß an die Eisernen Front bzw. an die SPD ebenso wie das Eintreten nach dem Beschluß des Parteitags für den kommunistischen Kandidaten stimmen sollen unvereinbar ist mit der Prinzipienklärung und dem Ausschluß aus der Partei zur Folge haben muß.

Dieser Beschluß, der eine Selbstverständlichkeit für ein Mitglied einer revolutionären Organisation ist, wurde von diesen Genossen mit Füßen getreten.

Eine provokatorische Resolution wurde von ihnen in der Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Steglitz, Zehlendorf und Charlottenburg eingebracht. In der Resolution heißt es:

„Geschieht dies nicht (Änderung des Beschlusses über die Reichstagswahl) so erklären die unterzeichneten Mitglieder der Ortsgruppe ... sich dem Beschluß des Parteivorstandes nicht zu fügen. Sie werden in diesem Falle für die Liste der KPD stimmen und alle Mitglieder der SAP sowie alle revolutionären Proletarier zur Wahl der KPD-Liste auffordern. Aktionsdisziplin erkennen die Unterzeichneten nur gegenüber klaren kommunistischen Beschlüssen einer nach eindeutig kommunistischen Grundsätzen handelnden Organisation an.“

Vor der Abstimmung wurden die Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich mit der Annahme dieser Resolution außerhalb der Partei stellen, weil sie gegen den Beschluß des Parteitages verstoßen. Die Genossen stimmten trotzdem für diese Resolution, womit sie nur bewiesen, daß sie längst mit der Partei gebrochen hatten.

Auf Grund dieser organisierten Sabotage der Parteiarbeit hatte die Bezirksleitung selbstverständlich die Pflicht, schnellens zu handeln und die Genossen als außerhalb der Partei stehend zu erklären.

Heute schon ist klar, daß ein großer Teil der Genossen, die zwar auch politisch gegen die Aufstellung von eigenen Listen auftraten, dieses parteischädigende Verhalten nicht billigen, die Zerstörung der Organisation nicht dulden und sich mit aller Kraft für die Durchführung der Beschlüsse der Partei einsetzen. Die Ortsgruppe Bohnsdorf, die politisch den Standpunkt der Nichtbeteiligung einnimmt, hat gegen 4 Stimmen das Verhalten der Genossen verurteilt und sich für die Parteidisziplin ausgesprochen. In Charlottenburg hat die neue Ortsleitung die Arbeit aufgenommen, und die Mitgliederversammlung vom 29. 10. bewies, daß die Scharte, die die Genossen um Bartz und Raphael der Organisation geschlagen

Rettungslos ultralinker Kurs der KPD

Aus dem sächsischen Gemeindevahlkampf

Zu den am 13. November in ganz Sachsen stattfindenden Gemeindevahlen hatte der Landesauschuß der SPD Sachsen — wie wir früher bereits berichteten — den Kommunisten im Landesweiten Listenverbindungsangebot. Dieses Angebot war auf den Druck der SPD-Arbeiterschaft zurückzuführen. Eine nach leninistischer Taktik handelnde revolutionäre Partei hätte dieses Angebot sofort angenommen, um die an sich schwierige Situation der SPD-Führung noch schwieriger zu gestalten. Anders die KPD. Sie ließ durch den Bezirkssekretär Sellmann in Leipzig 9 Bedingungen formulieren, die zum Teil in keinerlei innerem Zusammenhang mit den Gemeindevahlen standen. Das Ergebnis war, daß die SPD-Presse sich mit Wonne dieser Bedingungen bediente, um der rebellierenden SPD-Arbeiterschaft klar zu machen, daß die KPD fortgesetzt die Einheitsfront rede, aber sie praktisch nicht wolle. Die reformistische Führung hatte mit der Haltung der KPD ein wichtiges Argument in die Hand bekommen.

Die Form der kommunistischen Bedin-

gungen ließ die Frage der Listenverbindung aber trotzdem noch offen. Wer nun meinte, daß die KPD-Leitung auf die Listenverbindung doch noch eingehen werde, irrte sich. Denn in der kommunistischen Presse wird dieser Tage folgendes verzapft:

„Unser Kampf gegen die Sozialdemokratie hat zum konkreten Inhalt den Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter, um sie loszulösen von ihren sozialfaschistischen Führern und deren Arbeiter- und Klassenfeindlicher Politik und sie einzugliedern in die Front des revolutionären Kampfes, in die proletarische Einheitsfront des Kampfes um den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Barbarei. Dieser Kampf um die Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter für den revolutionären Kampf schließlich selbstverständlich Wahlbündnisse mit der SPD als Partei und ihren Führern aus.“ (II)

Es beweist sich täglich aufs neue, daß mit diesen Parteimanövern sowohl die SPD als auch die KPD praktisch auch nur die leinsten Ansätze zur Herausbildung einer proletarischen Einheitsfront immer wieder verhindern. Die Taktik der KPD ist der Hauptgrund der Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Periode. Diesen Zustand zu überwinden, ist die vornehmste Aufgabe unserer Partei. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch in allen sächsischen Orten, wo die SAP eigene Listen zur Gemeindevahl aufstellt, sowohl an die SPD als auch an die KPD zwecks Listenverbindung herangetreten worden und es zeigte sich dabei in der Praxis, daß die Mitgliedschaft in sehr vielen Fällen die Listenverbindung will, aber von der Bürokratie beider Parteien fast regelmäßig daran gehindert wird. Unsere Aufgabe ist es, durch eine auf leninistischen Grundsätzen aufgebaute Taktik die zu außerparlamentarischen Kämpfen bereite Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen. Hegla.

Klassenurteil in Schneeberg

(Eigene Meldung der SAZ)

Das Urteil des Schnellgerichts in dem Prozeß gegen die Arbeiter, die am Abend nach der SAP-Versammlung von Nationalsozialisten überfallen worden waren, lautet: Max Bochmann 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, Paul Günther 1 Jahr Gefängnis, Hermann Frank 9 Monate 2 Wochen Gefängnis, Anton Rüssel 8 Monate Gefängnis, Johannes Dreier 7 Monate 2 Wochen Gefängnis.

Wahl Liste 18

Thekla Voittel 3 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Dieses Urteil in diesem Prozeß, über dessen Verlauf wir in unserer Sonntagsausgabe bereits berichteten, entspricht durchaus dem Wesen der faschistischen Justiz und war nach dem Aufbau der Anklage vorauszusehen. Die Arbeiterschaft, die die Vorgänge in der Wahlnacht erlebt hat bzw. darüber objektiv informiert worden ist, weiß, was sie von dem Urteil zu halten hat. Zieht die notwendigen Konsequenzen, schafft die rote Klassenfront, übt proletarische Solidarität!

„Demokratisches“ aus der SPD

Rund um den Strelasund

Stralsund, 30. Oktober.

Die SPD ist angeblich eine Partei, welche die Demokratie sehr stark verteidigt. Die Instanzen dieser angeblichen „demokratischen Arbeiterpartei“ können die Demokratie aber schnell vergessen, wenn es sich darum handelt, die Rechte der Mitgliedschaft zu schmälern. In allen derartigen Fällen herrscht der Parteiapparat diktatorisch, und alle Demokratie hat zu schweigen. Vor einigen Tagen erschienen in der hiesigen SPD-Presse zwei Artikel. Der Redakteur Fred-Hermann Deu und der Landtagsabgeordnete Karl Kirchmann klären hier die Begriffe der Demokratie. Der ganze Inhalt der beiden Artikel muß später von uns noch einmal besonders beleuchtet werden. Heute soll er nur darum angezogen werden, weil sich zur gleichen Zeit in der SPD ein Fall dieser „wahren Demokratie“ abspielt, wie er krasser nicht in Erscheinung treten kann.

Die SPD stellt hier im Rat der Stadt (Magistrat) zwei unbesoldete Ratsherren (Stadtträte). Einer ist von Beruf Steuerinspektor und kam nach dem 9. November 1918 zur SPD und gehört auch seit dieser Zeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Rat als Mitglied an. Der andere kam erst 1926 nach Stralsund und wurde von den Bürgern gegen den SPD-Kandidaten M. d. R. a. D. Streufert zum Geschäftsführer des damaligen Arbeitsnachweises gewählt. Er entdeckte aber bald, daß er auch als gläubiger Katholik ein guter SPD-Führer sein konnte

und wurde es auch in starkem Maße. Er machte eine gute Karriere in der SPD und wurde selbstverständlich auch Ratsherr. Nun muß er sein hiesiges Amt als stellvertretender Direktor des Arbeitsamtes mit dem eines richtigen Direktors in Stettin vertauschen, weil er so gerne immer höher hinauf wollte. Seit Jahren bemüht er sich schon darum, den Titel Regierungsrat zu bekommen, denn Geschäftsführer ist doch keine Bezeichnung für eine derartige Persönlichkeit. Durch diese Geschichte kam die SPD-Leitung aber in eine schwierige Lage, denn es ist schließlich nicht leicht für eine staatsbehaltende Partei, einen geeigneten Ratsherrn zu finden, der auch mit dem Bürgertum durch dick und dünn geht. Auf der Ratsherrliste stehen noch einige Anwärter, aber keiner ist anscheinend standesgemäß. Die Fraktion beschloß mit 6 gegen 4 Stimmen, den Genossen Below, Oekonom des Gewerkschaftshauses, zu nominieren. B. gehört der Partei (SPD — USPD — SPD) bereits 26 Jahre an und war früher ein sehr rühriger Funktionär, besonders in der USPD. Der Vorstand war aber mit diesem Vorgehen der Fraktion nicht einverstanden und stellte den früheren bürgerlichen Ratsherrn Heinze, welcher inzwischen ebenfalls bei der SPD gelandet und auch Steuersekretär ist, auf. Der Mitgliedschaft hat man mitgeteilt, daß die alte Liste erschöpft sei und die Kandidaten verzichtet hätten. Beides ist unwahr; man hat hier die Mitgliedschaft lachend belogen, nur um den Willen der Fraktion und der Mitgliedschaft zu unterbinden.

Was Lehrer und Beamte im Dritten Reich zu erwarten haben

Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“, das Organ des Deutschen Lehrervereins, berichtet kürzlich, daß in dem nationalsozialistisch regierten Oldenburg zahlreiche Gemeinden drei bis vier Monate mit der Auszahlung der Lehrgeldhinter im Rückstand geblieben sind. Der Vorsitzende des Landeslehrervereins, der daraufhin im Interesse der betroffenen Mitglieder vorstellig werden wollte, wurde dahin beschieden, daß die nationalsozialistische Regierung es ablehne, ihn zu empfangen. Das Ministerium empfanke jeden Tag Lehrer (einzeln) und würde in der Folgezeit beweisen, daß es die Sorgen des Lehrerstandes viel besser ohne den Landeslehrerverein als mit ihm beheben könne.

Die deutschen Lehrer werden sich erinnern, daß im Geiste des vormärzlichen Preußen Kollektivirungen von Beamten verboten waren. Es soll ja aber doch neuerdings ein Koalitionsrecht der Beamten geben, gutantiert im Artikel 159 einer Reichsverfassung.

Achtung! SJV-Gruppenleitungen!

Ein sehr gutes Jungwählerplakat mit folgendem Text:

Jungarbeiter, Liste 18, SAP wählen!

Soz. Jugendverband Deutschland (einen Jungarbeiter darstellend, der diese Worte ausruft) hat der Bezirk Weser-Ems herausgebracht. — Preis pro Stück 2 Pfg. bei Abnahme von 50 Stück aufwärts. Bestellungen sind sofort an die Bezirksleitung Weser-Ems des SJV, Bremen, Langenstraße 116, bei Voreinsendung des Betrages zu richten. Wenn kein Geld einget, erfolgt Zusendung unter Nachnahme.

SJV-Reichsleitung, Ressort: Agitprop.

die, wenn wir recht berichtet sind, von den Nationalsozialisten augenblicklich so hochgehalten wird. Bald so, bald so, wie's trefft!

In derselben Nummer berichtet das Blatt unter der Überschrift „Beamter, das ist dein Schicksal“ von einer Beamtenversammlung im Berliner Herrenhaus, in der Dr. Goebbels sich also vernehmen ließ: „Wir wollen das Beamtentum pflegen, wie die preußischen Könige ihre Grenadiere. Das Höchste des Beamten ist die Pflicht, nicht das Recht und der Verdienst.“ Das Blatt meint dazu, das ließe tief blicken.

Wir wollen ergänzend daran erinnern, daß z. B. der Historiker F. C. Schlosser von Friedrich Wilhelm I. sagt: „Durch seine kindische Lust an langen und geputzten lebendigen Spielpuppen ward Friedrich Wilhelm zum Abscheu und zum Gespött seiner und der folgenden Zeit... er hatte einen förmlichen

Menschenkauf und Menschenraub eingerichtet.“

Und in Werner Hegemanns „Jugendbuch vom Großen König“ lesen wir: „Die militärisch und regimentweise gedrillten preußischen Hofhampfräumer unterschieden sich von den Hofnarren des helleren Mittelalters durch ihr massenhaftes Auftreten, ihre mangelnde Narrenfreiheit und ihre Witzlosigkeit, besonders aber durch die Barbarei, mit der sie eingelangen wurden (und die Friedrich der Große nicht im mindesten milderte).“ Dieser Autokrat prügelte nicht nur Soldaten, Beamte und seinen Herrn Sohn, sondern bezeigte nicht über Lust, auch seine Minister damit zu belohnen. Von seinen Beamten sagte dieser Prügelheld auf dem Throne: „Vor allen Dingen sollen sie unsere angebotenen Untertanen sein.“

Der „Große Friedrich“ empfiehlt in seinem Testamente von 1788 eine Verschärfung der Prügelzucht: „Der Soldat muß seine Offiziere mehr fürchten als die Gefährten, in die man ihn treibt.“ Und nach der Zorndorfer Schlacht schrieb er an seinen Bruder Heinrich: „Lernen Sie Ihre Infanterie den Stock respektieren.“ Diese zusammengeprügelte Gesellschaft, die ihren „Pflegern“ ausüb, wo sie wußte und konnte, ist das Idealbild der Sachwalter des Dritten Reiches für die Behandlung der Beamten. Wie wär's mit der Behebung der „Sorgen des Lehrerstandes“ in Oldenburg frei nach Dr. Goebbels?

Notizen ohne Kommentar

Wenn ein Polizeibeamter...

„Wenn ein Polizeibeamter einen Auftrag nicht ausgeführt hat, so hat er keine Entschuldigung dafür, wenn er nicht seine Waffe, wenn er sie hätte gebrauchen müssen, nicht im Rahmen der Vorschriften dieses Beamtengesetzes schnellstens und erfolgreich angewandt hat.“

Aus einer Verordnung des Militärbefehlshabers von Berlin
Generalleutnant v. Rundstedt.

Schädling Bauhaus

„Leider ist es den Bemühungen des jetzigen Leiters gelungen, alle Abteilungen nach Berlin überführen zu können, wobei ein Weiterbestehen dieser kulturvernichtenden Einrichtung ermöglicht wird. Man wird ganz schwere Geschütze auffahren müssen, um endlich Reich und Reichskunstwart auf diesen Schädling deutscher Kultur und Kunst aufmerksam zu machen. Das ist Reichssache, daß hier eingegriffen wird. Die Kunst muß frei sein, wird man sagen — gut, aber wer deutsche Kunst und deutsche Kultur verschandelt, wie die Sachlichkeitsfanatiker, die Funktionalisten, die nur den Zweck gelten lassen, der muß die Macht des Reiches zu spüren bekommen, der muß wissen, daß für ihn auf deutschem Boden kein Platz ist. Aber der Deutsche ist schlimmer als der Russe (und der ist doch

ein Barbar in der Potenz). Sowjet-Rußland hat die alte russische Volkskunst erhalten, Deutschland läßt sie sich systematisch töten, das ist deutsche Gründlichkeit.“
Deutsche Drechsler-Zeitung.

SA-Auto umgestürzt

Berlin, 30. Oktober
Nach Blättermeldungen stürzte heute abend ein mit Nationalsozialisten besetztes Wahlauto in Falkensee bei Berlin um. Alle SA-Leute, die auf dem Fahrzeug standen, flohen auf die Chaussee; 12 von ihnen mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

In den Hochofen gestürzt Schweres Unglück in Mülheim

Mülheim Ruhr, 31. Oktober.
Auf einem Hochofen der Friedrich-Wilhelm-Hütte, auf dem einige Schlosser mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, ereignete sich heute ein schweres Unglück. Während der auf ein falsches Signal vorgenommenen Fällung rutschte der 48-jährige Vorarbeiter Bohmann aus Oberhausen, der sich noch auf der inneren Platte befand, mit der ganzen Erzladung in den glühenden Ofen. Durch eine kurz darauf erfolgte Explosion wurden fünf Arbeiter durch Brandwunden schwer verletzt. Die Ermittlungen sind sofort eingeleitet worden.

„Ermittlungen...“ Antreiber aus Profit-sucht verleitet dazu, die nötigen Vorsichtsmaßnahmen außer acht zu lassen.

29 Arbeiter schwer verletzt Gasexplosion in einem Eisenwerk

Prag, 30. Oktober.
In den staatlichen Eisenwerken in Podbrezova ereignete sich eine Gasexplosion. 29 Arbeiter erlitten dabei schwere Brandwunden. Der Zustand von acht der Verletzten ist außerordentlich ernst.

Mauereinsturz bei einem Brande 6 Feuerwehrleute verletzt

Stettin, 30. Oktober.
Auf dem Grundstück der ehemaligen Zülchow Anstalten in Warsow kam heute abend in einer Scheune Feuer aus, zu dessen Bekämpfung auch die Stettiner Feuerwehr erschienen war. Kurz nach 9 Uhr stürzte eine Mauer des vom Brande erfaßten Maschinenhauses ein und begrub sechs Stettiner Feuerwehrleute unter sich. Die Verletzten, unter denen sich auch der Stettiner Branddirektor und der Oberbrandinspektor befanden, mußten mit Krankenwagen in das Krankenhaus gebracht werden.

Vier Arbeiter durch Gesteinsmassen getötet

Algier, 31. Oktober.
Sechs eingeborene Arbeiter sind Sonntag abend in einem Steinbruch verschüttet worden. Vier Arbeiter kamen ums Leben; zwei wurden schwer verletzt.

Postflugzeug verunglückt

Deutsches Postflugzeug
London-Köln verschollen

Berlin, 30. Oktober.
Das Postflugzeug der Strecke London—Köln, das am Sonntagabend um 7 Uhr abends von London abgeflogen war, sandte etwa 40 Minuten nach dem Start funktentelegraphisch Hilferufe. Da sich das Flugzeug zu dieser Zeit in der Nähe des Kanals befunden mußte, wurde sofort der gesamte Küstenwachenalarm ertönt. Es gelang jedoch nicht, eine Spur von dem vermißten Flugzeug zu finden. Im Kanal herrschte schweres, stürmisches Wetter. Auch die Besatzung eines heute nach Tagesanbruch zur Nachsuche von Köln nach London entsandten Flugzeuges konnte keine Feststellungen machen, sodaß man wegen des Schicksals der Flieger bereits starke Besorgnisse hatte.

Eine zweite Meldung besagt: „Entgegen einem früheren Gerücht, das von der Rettung der Besatzung des verunglückten deutschen Postflugzeuges sprach, leben bis zur Stunde alle Nachrichten über deren Schicksal. Wie aus Ostende verlautet, sollen Teile der Maschine nahe der englischen Küste westlich treibend gesehen worden sein. Das deutsche Gegenflugzeug, D 2009 hat sich auf die Suche nach den Resten und nach der Besatzung des verunglückten Flugzeuges begeben und wird über dem Kanal kreuzen.“

Man nimmt an, daß ein Brand den Unfall verursacht hat, weil Kanaldampfer in den gestrigen Abendstunden Flammen in der Luft beobachtet haben wollen.“

An der Suche nach dem deutschen Flugzeug haben sich inzwischen englische Militärflugzeuge beteiligt, indem sie den ganzen Kanal absuchen. Auch sie konnten keine Spur des deutschen Flugzeuges oder Trümmer von ihm entdecken.

Ein Kircheninspektor als Defraudant

Ein aus Leipzig gebürtiger Kircheninspektor hat sich in einem Dresdener Hotel durch Erlangen des Lebens genommen. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß er seine Leipziger Kirchengemeinde durch Unterschlagungen schwer geschädigt hat, aus Furcht vor Aufdeckung flüchtete und nun seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Ein Todesurteil in einem Moskauer Eisenbahnprozeß

Moskau, 31. Oktober.
In einem Prozeß gegen mehrere Angestellte der Kursker Eisenbahnlinie wegen des Eisenbahnunglücks bei Lubino am 16. Oktober wurde gestern abend vom Obersten Gerichtshof das Urteil gefällt. Der Stationsvorsteher von Lubino, Bulakoff, wurde zum Tode verurteilt. Zwei Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von acht bzw. sechs Jahren. Der Signalist wurde zu Zwangsarbeit mit 15prozentiger Lohnkürzung verurteilt, während der fünfte Angeklagte freigesprochen wurde. Das Urteil ist endgültig.
Bei dem Eisenbahnunglück waren 36 Personen getötet und 51 verletzt worden.

Werbt Abonnenten

In der Reichskanzlei schrillt ein Telefon. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei hat den Hörer in der Hand:
„Hier Ebert.“
„Hier Groener.“
Der Generalquartiermeister Groener hat sich mit seinem Stab beraten und hat dem Feldmarschall v. Hindenburg darüber Vortrag gehalten. Die Arnee braucht die Sozialdemokratische Partei zur Wiederherstellung der verloren gegangenen Autorität. Als Preis dafür bieten die Generäle der neuen Regierung den Schutz ihrer Bajonette und Kanonen...
Der Reichskanzler Ebert hört den Vorschlägen des Ersten Generalquartiermeisters Groener aufmerksam zu und fragt zurück:
„Wie werden Sie sich den Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber verhalten?“
„Die Kommandostellen sind angewiesen, auf gutlichem Wege mit ihnen zu verhandeln.“
„Und was erwarten Sie von uns?“
„Der Herr Generalfeldmarschall erwartet von der Reichsregierung die Unterstützung des Offizierskorps bei Aufrechterhaltung der Disziplin und der strengen Ordnung im Heer. Er erwartet, daß die Verpflegung des Heeres mit allen Mitteln sichergestellt und daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs verhindert wird.“
„Was noch?“
„Das Offizierskorps erwartet, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird und stellt sich ihr hierfür zur Verfügung.“
Ebert zögert mit der Antwort. Er blickt zu der mit dicken Polstern ausgeschlagenen Tür; er dreht sich nach dem Fenster um und lauscht nach draußen, wo er die Niederrufe vorbeimarschierender Arbeiter zu hören glaubt.
Dann antwortet er mit fester Stimme:
„Ueberrmitteln Sie dem Herrn Generalfeldmarschall den Dank der Regierung.“
Ende!

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

83) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIE-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Wenn es sich nur um Preisgabe eines der sozialistischen Prinzipien handelte, — von denen haben viele den Notwendigkeiten positiver Staatspolitik geopfert werden müssen, und nicht nur mit seiner, sondern mit der Zustimmung aller einsichtigen Genossen. Aber gerade das ist es: solche Maßnahmen waren stets durch einen Mehrheitsbeschluss sanktioniert.

Und hier steht er allein!

Friedrich Ebert, der dem Verlangen der Arbeiterklasse nach alleiniger Herrschaft die bürgerliche Demokratie entgegenstellt und die Entscheidung über das Schicksal des Volkes in die Hand der einzuberufenden Konstituante legt, die mit allen Mitteln kapitalistischer Wahlbeeinflussung zusammengetrommelt werden soll, der als Parteibeamter jede Eigenmächtigkeit seiner Genossen zurückgewiesen und jeden Funktionär, der ohne zu fragen etwa eine Gardine für 12.50 Mark für sein Büro angeschafft oder der, ohne den vorgeschriebenen Instanzenweg zu beachten, auch nur in geringsten Dingen selbständig gehandelt hat, vor das Forum der Parteileitung zerrte. — Ebert, dem vor einem halben Tag das Blut stockte, weil Scheidemann ohne vorherigen Parteibeschluss die Republik ausgerufen hatte, — hier steht er allein der entscheidendsten Frage gegenüber, die seine Partei jemals zu beantworten hatte.

In kleinen Dingen ist Ebert allen Anforderungen der Parteidisziplin peinlich nachgekommen, in großen hat er sich manchmal darüber hinweggesetzt, aber niemals ohne Skrupel zu empfinden. Er sitzt vor dem Telefon, ein Knäuel quälender Hemmungen und Gedanken. Einerseits: siegreicher Militärputsch, Wiederherstellung des Kaiserreiches, Kriegsgerichte für die aufständische Arbeiterschaft; andererseits: Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, Errichtung der Räte-Republik Deutschland, Sturz des kapitalistischen Systems. Ebert kann sich weder für das eine noch für das andere entscheiden und sucht den für seine Partei gangbaren Mittelweg.
Er greift nach dem Hörer, läßt ihn dann aber doch liegen. Abwarten ist die Taktik, die ihn auf seinem ganzen langen Weg, die ihn bis hierher getragen hat, — er sinkt noch einmal in Grübeln und Erwägungen zurück.
Im Plenarsaal des Reichstages gibt Barth die Parole für den kommenden Tag aus: „Morgen, den 10. November, 10 Uhr, wählen alle Arbeiter in allen Betrieben Berlins auf je 1000

Mann einen Vertreter. Desgleichen wählen alle Soldaten auf jede Formation einen Vertreter. Diese versammeln sich um 5 Uhr im Zirkus Busch, wo die provisorische Regierung gebildet wird...“ Im Fraktionszimmer der Unabhängigen ist der von Dittmann, Cohn, Hoase und den Soldatendelegierten müde gemachte Liebknecht bereit, in das Kabinett der paritätisch zusammengesetzten Volksbeauftragten einzutreten und verlangt nur noch: „Aber die A- und S-Räte haben die legislative und exekutive Macht, und die Koalition ist nur für drei Tage, und die Volksbeauftragten müssen von der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt werden...“ Eine Stunde später zieht Liebknecht seine Erklärung wieder zurück.
Die erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wird geschlossen mit einem Hoch auf Rätedeutschland.
Am Brandenburger Tor wird die Internationale gesungen.
Vor dem Bahnhof Friedrichstraße sinkt eine unbekannte Frau ohnmächtig zusammen.

Unser neuer Roman heißt „Neue Erde“, Roman einer Kommune

Sein Verfasser ist der durch seinen Industrieroman „Zement“ bekannte Schriftsteller Fedor Gladkow.
Wir beginnen mit dem Abdruck in der Freitagnummer der SAZ. In der Mittwochs- und Donnerstagsausgabe lassen wir eine ausführliche Einführung vorgehen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

Zehn Jahre Mussolinisklaverei

Brief aus Italien / von R-ni, Mailand

Zur rechten Zeit gelangt nachstehender Brief eines Gesinnungsgenossen aus Italien an uns zur Veröffentlichung. Einen deutlichen Brief heute in Italien zu schreiben und über die Grenze zu bringen, bedeutet bei dem unbeschreiblichen Faschistenterror höchste Lebensgefahr. Wenn es unser Gesinnungsgenosse trotzdem unternahm, so nicht nur, um dem auch in der deutschen hängeligen Presse zustimmend geschriebenen Jubiläumsummel in Italien entgegenzutreten, sondern vor allem deshalb, um der deutschen Bevölkerung durch ein wahrheitsgemäßes Bild über die wirklichen Zustände in der Hölle Mussolinis gerade jetzt vor den Wahlen zu zeigen, was ihr bei einem „Dritten Reich“ in Deutschland droht. Die Redaktion.

Mailand, 25. Oktober.

Das faschistische Italien feiert in diesen Tagen das zehnjährige Bestehen der Mussolini-Diktatur. Ausstellungen, Konzerte, Festakte, Theateraufführungen und endlos lange Reden des Duce in den großen Städten Italiens sollen über das Elend hinwegtäuschen, in dem weite Schichten der italienischen Bevölkerung heute zu leben gezwungen sind.

Was hat Mussolini, als er vor zehn Jahren — mit Genehmigung des Königs — den „Marsch auf Rom“ unternahm, dem italienischen Volke versprochen und was hat er gehalten?

Vor zehn Jahren machte die Wirtschaft Italiens eine Krisenzeit durch. Die Finanzen waren zerrüttet; die während des Krieges künstlich aufgebaute Industrie mußte auf Friedensproduktion umgestellt werden; die Arbeiter, die den Krieg mitgemacht hatten und die vor allem durch die siegreiche Revolution in Rußland zu einem höheren Klassenbewußtsein aufgerüttelt waren, wollten sich nicht mehr mit den üblichen Hungerlöhnen begnügen und versuchten, sich durch Streiks und Aufstände bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Regierungen Giolitti, Nitti, Facta konnten der Verwirrung, die im Lande herrschte, nicht Herr werden und unterstützten — zum Teil direkt, zum Teil indirekt — die faschistischen Banden, mit deren Hilfe sie die immer stärker anwachsende revolutionäre Bewegung niederzuhalten hofften.

Aber eine festere und zuverlässigere Stütze als die der schwankenden Regierung fand die faschistische Bewegung in der Großbourgeoisie, die eine namenlose Angst vor dem Bolschewismus gepackt hatte.

Zwar war das Programm Mussolinis vor der Machtübernahme nicht minder „sozialistisch“ als heute das Programm der deutschen Nationalsozialisten, aber die italienische Kapitalistenklasse hatte richtig erkannt, daß das nur Bauernfang war, daß sich in Wirklichkeit der ganze Kampf Mussolinis gegen die Arbeiterklasse richtete.

Als Mussolini sich im Herbst 1922 stark genug fühlte, um vom König die Uebergabe der Regierungsgewalt zu verlangen, da waren es die einflußreichsten Großindustriellen Italiens, die ihn in dieser Forderung unterstützten. An die Macht gelangt, versprach Mussolini innerhalb kürzester Zeit die italienische Wirtschaft zur Blüte zu bringen. Zunächst gelang es ihm tatsächlich, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Die niedrige Valuta, das Fehlen Deutschlands als Konkurrent auf dem Außenmarkt und die äußerst niedrigen Löhne — die sich die Arbeiter gefallen lassen mußten, da sie schutzlos der Ausbeutung durch die Unternehmer preisgegeben waren, nachdem Mussolini die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften aller ihrer Funktionen beraubt und faktisch vernichtet hatte — brachten es mit sich, daß Italien große Ausfuhrmöglichkeiten geboten wurden.

Aber im Jahre 1926, als Deutschland wieder als gefährlicher Konkurrent auf dem Außenmarkt auftrat, die Valuta ohne große Schädigung für die Wirtschaft nicht mehr gesenkt werden konnte und die immer niedrigeren Löhne andererseits auch den Innenkonsum und den Innenmarkt allmählich zum Schrumpfen brachten, da setzte in Italien eine Krise ein, die später noch vertieft wurde durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise. Immer wieder — seit 1927 — versuchte Mussolini, in seinen großen Reden im faschistischen Rat oder bei festlichen Gelegenheiten den gegebenen Augenblick als den Tiefpunkt der Krise zu schildern, der bald überwunden sein würde, aber immer wieder wurde er durch die Wirklichkeit widerlegt.

Betrug die offizielle Zahl der Arbeitslosen im August 1930 342 061, im August 1931 693 237, so beträgt sie jetzt über eine Million, und im kommenden Winter rechnet man mit einem Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen bis zu 2 Millionen,

wobei in dieser Zahl die Landarbeiter, die nur mehrere Monate im Jahr arbeiten, und die ungeheure Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen, die nur 3 bis 4 Tage in der Woche arbeiten, nicht inbegriffen sind.

Die gesamte Produktion des Landes befindet sich im Rückgang. Im August des Jahres 1931 z. B. betrug der Wert der italienischen Ausfuhr 909 Mill. Lire, im August dieses Jahres nur noch 530 Mill. Lire. Der Transport zu Wasser und zu Lande, eine der wichtigsten Einnahmequellen im italienischen Budget, hat in diesem Jahre, auch im Zusammenhang mit dem gesunkenen Fremdenverkehr, einen besonders starken Rückgang zu verzeichnen. Mussolini hat, als er die Macht übernahm, mit Hohnlachen von den ökonomischen Gesetzen gesprochen, die er eine Erfindung der Marxisten nannte. Sein eiserner Wille sollte das einzige Gesetz sein, das Italien

regierte. Und er versprach dem Volke Wohlstand, den Arbeitern Löhne, die nicht nur für die Bedürfnisse ausreichend sein sollten, „die zur Bestimmung der Index der Lebenshaltung dienen, sondern darüber hinaus für Bedürfnisse, die eine höhere Entwicklung der Rasse zumutieren“ (faschistische Arbeits-Charte). (Man sieht, haargenau wie die Prophezeiungen unserer Nazis über ihr „Drittes Reich“. Die Red.)

Wie aber sieht die Wirklichkeit aus?

Das Kleinbürgertum, vor allem die Bauern, sind völlig verarmt; die nach vollbeschäftigten Arbeitern bezogenen Löhne, die ihnen nicht einmal das Minimum der Lebenshaltung sichern. Schon vor zwei Jahren hat das Internationale Arbeitsamt in Genf festgestellt, daß

die in Italien gezahlten Reallohne die niedrigsten Europas

sind. Seitdem sind die Löhne aber wiederholt herabgesetzt worden, und gerade in diesen Tagen teilen die Zeitungen mit, daß für eine ganze Reihe von Arbeiterkategorien die Löhne von neuem um 10 bis 50 Prozent gesenkt worden sind. Im offiziellen Regierungsbericht wird diese Maßnahme dadurch gerechtfertigt, daß in den letzten 5 Jahren die Preise um 60 Prozent gesunken seien, daß infolgedessen das wirtschaftliche Gleichgewicht eine entsprechende Herabsetzung der Löhne erfordere. Der Bericht verschweigt aber, daß es sich dabei um die Großhandelspreise handelt, während die Preise im Einzelhandel in derselben Zeitspanne nur um 18 Prozent gesunken sind. Zwar sind die ausländischen Touristen erstaunt über die niedrigen Lebensmittelpreise in Italien — für die einheimischen Arbeiter sind sie unerschwinglich, denn ihr Lohnreichtum für das trockene Brot für sie und ihre Familien!

Ganz Italien ein Zuchthaus

Von der politischen Not der italienischen Arbeiterklasse zeugen die überfüllten Gefängnisse und Verbannungsinselfn. Tausende und aber Tausende der besten Arbeiter sind aus dem Produktionsprozess herausgerissen und fristen ein elendes Dasein in den faschistischen Kasernen, — manchmal nur, weil sie es gewagt hatten, ein

oppositionelles Flugblatt zu lesen. Und in jedem Monat wandern neue Dutzende von Arbeitern in die Gefängnisse. So sind in den ersten 6 Monaten des Jahres 1932 von den faschistischen Sondergerichten 2 Todesurteile gesprochen und 213 Arbeiter zu 1462 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt worden. In den letzten Wochen ist in allen Gefängnissen das Regime verschärft worden, den Gefangenen selbst den zu 18 und 20 Jahren verurteilten — ist jede Lektüre, jeder Verkehr mit der Außenwelt verboten. In Civitavecchia sind über 200 politische Gefangene — darunter die bekannten Kommunisten Terracini, Li Causi u. a. — zu drei Monaten strengen Regimes und zu Brot und Wasser verurteilt worden, was für viele von ihnen den sichern Tod bedeutet. Es wird behauptet — Genau es behauptet man in Italien nicht, wo die Presse Monopol der Regierung ist —, daß diese 200 Häftlinge und mit ihnen eine große Zahl von Gefangenen anderer Gefängnisse bereits seit 2 Wochen im Hungerstreik stehen.

Das zehnjährige Bestehen der Mussolini-Diktatur sollte, so hieß es in den Zeitungen, durch eine großzügige Amnestie gefeiert werden. Wieviele Frauen und Kinder mögen gehofft haben, ihre Ernährer würden zurückkehren, die seit Jahren auf den Mittelmeersinseln zu einem elenden Leben ohne Arbeit und ohne Ziel verurteilt sind. Es hieß, von der Amnestie würden alle betroffen werden, die zu einer Gefängnisstrafe von nicht über 12 Jahren verurteilt sind. Nun ist die Amnestie da, und sie bedeutet eine bittere Enttäuschung für alle, die von ihr ähnliches erwartet hatten. Sie erlaubt nur den aus der faschistischen Partei wegen irgendwelcher Verfehlungen ausgeschlossen Faschisten die Rückkehr in die Arme Mussolinis!

Das arbeitende Volk Italiens lebt politisch und wirtschaftlich in bitterster Not. Die zehn Jahre des faschistischen Regimes haben ihm blutigen Terror und Hunger gegeben, und es hat in diesen Tagen, in denen in ganz Italien Feste gefeiert werden, nur einen Fluch für das Regime übrig, das zu stürzen ihm heute noch die Kraft fehlt. Aber der aufmerksame Beobachter sieht auch heute schon, daß — trotz allem Terror — die Kräfte sich entwickeln und anwachsen, die die Totengräber dieses Regimes sein werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelständler und Kleinbauern! Lernt aus den Zuständen der faschistischen Hölle in Italien. Laßt Euch nicht von den deutschen Faschisten, den Hitler, Papen, Seidte ins Garn locken. Kämpft mit der SAP und unter Einsatz aller eurer Kräfte Mittel gegen diese Sklaverei! Bekundet euren Kampfwillen durch Abgabe eurer Stimme für die Liste 18

Breslauer Buchdruckerwahl

Die Ergänzungswahlen zum Vorstand des Ortsvereins Breslau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hatte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender: 692 Stimmen für Birnbach, 148 ungültige Stimmen, 52 zersplitterte Stimmen.

Kassierer: Steuer 428 Stimmen, Kleinert 314 Stimmen, Weigt 80 Stimmen, 73 ungültige Stimmen, 18 zersplitterte Stimmen.

Beisitzer: Fischer 486 Stimmen, Kubon 281 Stimmen, Pohl 68 Stimmen, 1 ungültige Stimme, 82 zersplitterte Stimmen.

Gewählt sind also die Kollegen Birnbach, Steuer und Fischer. Letzterer ist ein Kollege, der sich bisher so gut wie gar nicht um die Gewerkschaftsbewegung gekümmert hat. Wenn er trotzdem gewählt worden ist, so konnte das nur geschehen, weil nach allgemeiner Meinung die meisten Kollegen den Vornamen des Kol-

legen Fischer nicht beachtet haben und diesen wählten in der Annahme, daß es sich hierbei um unseren Genossen Fischer handelt, der unter der Breslauer Buchdruckerschaft sehr geachtet und beliebt ist.

Im übrigen aber muß offen ausgesprochen werden, daß die Wahl ein Erfolg des Reformismus und eine Schlappe für die Opposition bedeutet, die ihre Ursache in dem Fehlen einer planmäßigen Arbeit hat. Die Opposition muß daraus die Lehre ziehen, in Zukunft besser, systematischer zu arbeiten.

Dortmund-Marten

Am Freitag, den 4. November 1932, findet in Dortmund-Marten im großen Kortmannschen Saale eine

Oeffentliche SAP-Volks-Versammlung

statt. Thema: „Die SAP zur Reichstagswahl“. Referent: Willi Decker. Beginn 19.30 Uhr. Unkostenbeitrag 10 Pfg.

An die werktätige Jugend!

„Allen Jugendlichen bis zu 25 Jahren soll das Wahlrecht genommen werden“ erklärte der Reichsinnenminister von Gayl, und das wird die Regierung auch durchführen!

Wir haben das Recht:

arbeitslos zu sein!

Wir haben das Recht:

uns ausbeuten zu lassen!

Wir haben das Recht:

in einem neuen Völkermorden für die Reichen zu verbluten!

Dazu sind wir gut genug!

aber zu sagen haben wir nichts!

So will die herrschende Klasse ihre Macht erhalten! Wir haben kein Interesse an der Erhaltung dieses Systems! Wir sind seine Todfeinde. „Auch der neue Reichstag hat nichts zu entscheiden“ erklärte ebenfalls der „Herr Reichsinnenminister“.

wir aber sagen:

Die Entscheidung liegt im organisierten einheitlichen Kampfe aller Ausgebeuteten, der gesamten werktätigen Jugend!

Verfassungsfragen sind Machtfragen!

Eure Macht entfaltet sich nur im Kampf außerhalb der parlamentarischen „Schwatzbude“. Stellt die Frage des Kampfes gegen Wahlrechtsraub in Betrieb, Stempelstelle, Berufsschule in allen Arbeiterorganisationen.

Kämpft mit uns!!

Der Soz. Jugend-Verband, Ortsgr. Breslau.

Streikabstimmung bei der BVG

In einer Versammlung der freigewerkschaftlichen Funktionäre der Berliner Verkehrs-A-G am Freitag, den 28. Oktober, im „Hackeschen Hof“ wurde fast einstimmig beschlossen, am Montag, den 31. Oktober, in allen Betrieben eine Urabstimmung über Annahme einer Tarifvereinbarung mit 2 Pfg. Lohnabbau oder Streik vorzunehmen. Die Urabstimmung wurde zwar in dieser Versammlung vom Bevollmächtigten Schaum vorgeschlagen. Die Begründung aber, die nach dem „Vorwärts“ - Schaum dafür gab, ist mehr als eigenartig. Er erklärte: „es müsse den sogenannten „revolutionären Unorganisierten“ Gelegenheit geboten werden, zu ihren großräumigen Redereien zu stehen. Die Nachläufer der RGO sollen bekennen“

Das ist eine skandalöse Begründung und zeigt, daß es der Verbandsleitung mit dem Kampf nicht ernst ist, sondern daß sie sich von vornherein für die Annahme und Durchsetzung der Lohnabbauvereinbarung entschieden hat und jetzt nur mit der Spekulation, daß die vorgeschriebene Dreiviertel-Mehrheit für Streik nicht erreicht wird, ihre Politik formell sanktionieren lassen will.

Es ist zu hoffen, daß die erdrückende Mehrheit der BVG-Belegschaft durch diesen Plan einen dicken Strich macht, indem sie einmütig den Streik beschließt und alles daran setzt, um ihn auch mit der notwendigen Wucht und Geschlossenheit durchzuführen.

Streikbeschuß in Lancashire

Manchester, 30. Oktober.

Eine neue Krise bedroht die Baumwollindustrie von Lancashire. Das auf der Basis der Lohnsenkung um 18½ Pence je Pfund Sterling am 23. Oktober abgeschlossene Übereinkommen, das am 31. Oktober in Kraft treten sollte, ist in einer Versammlung von Vertretern der Spinnereiarbeiter abgelehnt worden.

In Ausführung dieses Ablehnungsbeschlusses werden diese Arbeiter die Arbeit in denjenigen Spinnereien, wo die Lohnsenkung in Kraft gesetzt wird, am 31. Oktober nicht wieder aufnehmen. Betroffen sind 150000 Arbeiter.

Das „Ideal“ des freiwilligen Arbeitsdienstes wie es auf „Gut Dortmund“ in Oldenburg verwirklicht ist

Die Arbeiterwohlfahrt und Stadtverwaltung Dortmunds unterhielt seit längerer Zeit ein großes Arbeitsdienstlager im Oldenburgischen. Zunächst herrschte eitel Begeisterung bei den Teilnehmern. Die Jungen bekamen gute Verpflegung und genügend Bewegungsfreiheit, einen sozialdemokratischen Leiter, der im Anfang den Arbeitsdienst humaner machte. Mit scheinbarem Recht konnten die Teilnehmer sagen, es sei in ihrer Not eine Rettung geworden. Aber auch nur durch diese Praktiken und Versprechungen konnte der durchsichtige Plan der Jugend schmackhaft gemacht werden.

Nun ist auch in diesem Lager die Ernüchterung eingezogen. Zunächst wurde das Essen schlechter, die Freizeit gekürzt. Die Leitung im Lager übernahm ein Nationalsozialist. Nun sind schon seit einigen Wochen die Geister in Aufruhr. Eine größere Kolonne ist schon abgerückt und neuerdings gingen einzelne aus dem Lager, um zu Fuß nach Dortmund zurückzukommen.

In vielen Diskussionen haben Genossen vom Soz. Jugendverband die Arbeitsdienstwilligen vor den Gefahren dieser Einrichtung gewarnt. Nicht, daß wir den einzelnen, der aus Not dazu gezwungen wurde, Vorwürfe machen, sondern wir stellen die verderbliche Rolle der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie heraus, um in letzter Minute die gesamte Jungarbeiterschaft gegen den Plan wie gegen die Militarisierungsbestrebungen der Reichsregierung aufzurütteln.

Benutzt mit uns die Wahlzeit, um die Proletarierjugend für den außerparlamentarischen Kampf zu mobilisieren. Gebt eure Stimme der SAP!

Werbt Abonnenten!

Verantwortlich: Paul H a n n a c k, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. 1 Treppe.

Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G a b u r t,

Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto

Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau.

Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und

RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen

RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter

Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto

monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund

unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. 1 Treppe.

Telephon 206 02.

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Telefon: 87 Welscher 2422

Dienstag, 1. November

8.15 Uhr

Der Zigeunerbaron

Genossen besucht nur die Lokale unserer Inserenten